

Leon Neschle 69 (11. Woche 2010)

Marktwirtschaft: Die Beleidigung

Die moralische Lehre, die ich dem Fußball verdanke: Die loyale Beachtung von Spielregeln, die gemeinsam festgelegt und freiwillig akzeptiert werden. (Albert Camus)

Herr Neschle, es hat Zuhörerfragen zu Ihrem Interview (Leon Neschle 68) gegeben. Um ehrlich zu sein, auch eine Menge Beleidigungen, die sehr persönlich wurden.

Nun, Frau öööhhh! Unpersönlich ist nicht immer besser. Die Beleidigungen zeigen, mit welcher Leidenschaft sich viele bei dem Thema engagieren. ... Also fangen wir doch mit den Beleidigungen an.

Die häufigste Beleidigung war: „asozialer Neoliberaler“.

Dieser Vorwurf irritiert mich. Leidenschaft war dabei offenbar kein guter Ratgeber. Sie benebelt den Verstand, verwirrt das Herz und macht ein wenig autistisch. Im Moment der Empörung will man nur selber scheinen und wird nicht mehr erleuchtet.

Warum sind Sie irritiert davon?

Gibt es „asoziale“ Neoliberale, muss es auch „nicht-asoziale“ oder gar „soziale“ geben. Die neoliberalen Vorbilder, die alten Liberalen wie Adam Smith, waren jedenfalls „Moralprediger“. Noch heute bezeichnet daher „Liberals“ in den USA Menschen, die sich für eine Stärkung der sozialen Komponente einsetzen. Wäre wirklich „jeder“ Neoliberale asozial, wird zudem der „asoziale Neoliberale“ zum Pleonasmus.

Zum Leo Bitte was?

So was wie ein „weißer Schimmel“. Ein „sozialer Neoliberaler“ wäre dann ein Widerspruch in sich, wie ein „zentraler Eckpfeiler“. – Aber der Reihe nach ...

Ich bitte drum!

„Neoliberalismus“ wird im wissenschaftlichen Sprachgebrauch anders benutzt als im politischen. Da Wissenschaftler den Begriff lange vor der Politik geprägt haben, legt das den Verdacht nahe, dass sich halbgescheite Politiker dieses Begriffs bemächtigt haben. Sie verbinden damit vor allem „verfehlte“ Privatisierung und De-Regulierung. Die neoliberale Freiburger Schule fordert dagegen strenge, aber zielgerichtete Regulierung und vor allem strenge Haftungsregeln für Entscheidungsträger.

Ein wenig genauer sollten Sie schon sein!

Nun gut! Die Freiburger Schule, auch Ordoliberaler genannt, wollte z.B. die „Einheit von Entscheidung und Verantwortung“. Das hätte bedeutet, dass alle heutigen Aktiengesellschaften durch Kommanditgesellschaften auf Aktien ersetzt worden wären.

Was wäre die Folge?

Alle Vorstände wären für ihre Entscheidungen persönlich haftbar, so wie der Einzelkaufmann. Das hätte zu einer vorsichtigeren und nachhaltigeren Unternehmenspolitik geführt. Die Trennung von Entscheidungsverantwortung und Haftung in der Aktiengesellschaft und GmbH ist aus dieser Sicht ein Sündenfall der Marktwirtschaft. Beschränkte Haftung ist, als würde jemand beim Lotto seinen Einsatz verlieren. Da spricht auch keiner von Haftung. Dies nimmt die links-politische Sicht des Neoliberalismus nicht zur Kenntnis. Deshalb darf man die getrost „polemische Sicht“ nennen.

Und die sagt?

Neoliberale sind asoziale Leute, die sich für eine Ellbogen-Gesellschaft einsetzen, bedenkenlos den freien Märkten vertrauen und den Einfluss des Staates übermäßig beschneiden. Mit einer Deregulierung bis zur Regellosigkeit öffnen sie privater Willkür und asozialem Verhalten „von oben“ Tür und Tor. Darunter haben „die da unten“ dann zu leiden. Aufgabe des sozialen Staates aber ist, die Schwachen vor dieser Willkür der Starken zu schützen.

Sind Sie dagegen?

So wenig wie Sie. Aber sind alle schwach, die den Schwachen spielen? Starke können sich schwach stellen. Ein Unverschämter kann bescheiden wirken, aber kein Bescheidener unverschämt, sagt Lichtenberg. So wird die schützende Hand der Sozialsysteme ausgenutzt. Das Wichtigste aber ist:

Ein Wirtschaftssystem soll zudem die wirtschaftlichen Kräfte zum Wohle aller mobilisieren, und nicht dazu anreizen, Talente zu vergraben, weil es sich nicht lohnt, sie zu nutzen. Dazu darf man sich nicht für seinen wirtschaftlichen Erfolg schämen müssen. Aber reden Sie mal mit einem Linken darüber! Der stellt jeden wirtschaftlichen Erfolg unter Vorverdacht des asozialen Erwerbs. Das gibt ihm die Begründung dafür, warum er ihn keinem gönnt.

Jetzt mal ein wenig konkreter: Sind sie für Deregulierung?

Es kommt darauf an!

Geht es ein Wenig genauer?

Wer für mehr Regulierung ist, der ist zugleich für mehr Bürokratie. Im Grunde ist die Linke damit die Partei der Bürokrater. Weil das nicht gut klingt, verheimlicht sie meist diese Zwangsfolge der vermehrten und verstärkten Staatseingriffe. Aber Sie wollten es sicher auch ein wenig einfacher. Da komme ich mit meinem Fußballbeispiel.

Auch dazu gab es Fragen!

Die bitte später! ... Was könnte Deregulierung beim Fußball heißen?

1. Man beseitigt eine Regel. Sie verursacht „unnötige“ Umstände, macht das Spiel undynamisch oder verzerrt das Ergebnis.
2. Man erweitert den Handlungsspielraum einer existierenden Regelung, indem man zusätzliche Optionen für die Spieler schafft, ihnen mehr Freiheit gibt.

Eine bloße Veränderung der Regeln wäre dann noch keine Deregulierung.

Nicht etwa, wenn man statt der gelben Karte eine Zeitstrafe einführen würde. Heute ist man nach der fünften gesperrt. Darunter leidet verspätet zwar auch die Mannschaft des Übeltäters, aber davon profitiert nicht die Mannschaft des Gefoulten. Noch schlimmer, wenn der Gefoulte vom Platz getragen wird. Dann spielt die Mannschaft des Gelbsünder mit 11 gegen 10, hat durch das Foulspiel sogar Vorteile. Da könnte man einführen, dass auch der Gelbsünder für die Zeitdauer der Behandlung seines Opfers den Platz verlassen muss. Aber Deregulierung ist das nicht.

Was ist dann Deregulierung?

Nun dazu müssten Sie zum Beispiel die Abseitsregel abschaffen.

Das wäre doch nicht schlecht! Die versteht doch so wieso keiner.

Frauuuuuu ..., die versteht jeder, der sich für Fußball interessiert. Das ist anders als bei manchem Gesetz. Da versteht man weder die Auslegung noch das Gesetz selbst. Bei der Abseitsregel ist nur Auslegung nach der Deregulierung erschwert.

Warum ist das denn eine Deregulierung?

Weil früher in zwei Fällen zusätzlich Abseits gepfiffen wurde, in denen heute weiter gespielt wird: Wenn der Stürmer im Moment der Ballabgabe „auf gleicher Höhe“ mit dem gegnerischen Verteidiger ist und beim so genannten „passiven“ Abseits. Das

eröffnet den Stürmern nun größere Chancen, sorgt für größeres Engagement vorm Tor und macht das Spiel spannender.

Haben sie noch ein Beispiel, wo vielleicht noch dereguliert werden könnte?

Statt der strengen Regelung könnte man beim Einwurf lockerere Regeln einführen, bei denen auch das „Einrollen“ des Balls möglich wäre, wie beim Hockey, oder das „Einkicken“. Dann gäbe es ohne Schaden für den Fußball weniger falsche Einwürfe.

Wenn Sie das bitte nicht als „falschen Einwurf“ werten: Welche Regel könnte man abschaffen?

Etwa die, dass der Schiedsrichter beim Foul des „letzten Manns“ einen Platzverweis aussprechen „muss“. Dann könnte er abwägen, ob konkrete Torgefahr bestand.

Es kann aber doch nicht jede Deregulierung gut sein?

Sagte ich das? Ich sagte: Es kommt darauf an! Würde man die Bestechung von Schiedsrichtern für zulässig erklären, wäre dies sicher schlecht. Vergleichbares gilt auch für die Wirtschaft.

Aber die Finanzkrise die wurde die Deregulierung und die Gier der Manager ausgelöst!

Wer sagt das?

Alle! Sahra Wagenknecht zum Beispiel!

Und alle Fliegen fressen Scheiße!

Erlauben Sie mal!

Nein, jetzt im Ernst. Wenn ich das mit der Gier höre, kommt mir die Galle hoch. Sicher gibt es die! Aber:

1. Nicht allein Banker sind davon befallen. Und wer hat je gezeigt, dass gerade die besonders stark?

2. Gier ist doch kein Phänomen, das erst mit der Finanzkrise auftrat. Dann wäre das ein Erklärungsansatz. Das Problem ist nicht die Gier, sondern dass dies ungezähmte Untier nicht an der Kette lag. Maßgeblich dafür war die Politik der amerikanischen Zentralbank, der Fed, die Aktivität dieser quasi-staatlichen Einrichtung bei der Zinserhöhung und ihre Nichtaktivität bei der Regulierung neuer Verbriefungstechniken.

Aber die fehlende Kette für die Gier? Zeugt die nicht von Deregulierung?

... sagt die Linke. Das gehört zu ihrer Gebetsmühlenlitanei. Doch es zeugt eher von „mangelnder Regulierung“ oder „Unter-Regulierung“, vor allem bei der neuartigen Verbriefung von Kreditrisiken und deren Rating. Das aber ist in etwa so, als erfindet einer den ferngesteuerten Fußball, der selbst ins Tor findet, eine Mannschaft bringt ihn erfolgreich zu Einsatz und der DFB tut nichts dagegen. Man kann aber nicht neo-liberal oder sonstwie de-regulieren, wo es noch gar keine Regulierung gibt.

Das leuchtet ein. Wo liegt denn die Schuld der amerikanischen Zentralbank?

Ich möchte eher von „Verantwortung“ sprechen. ... Nicht nur bei der fehlenden Regulierung: Die Fed hat nach einer Niedrigzinspolitik im Gefolge von 9/11 die Zinsen plötzlich scharf angehoben, ohne die Folgen klar abzuschätzen.

Aber sie hatte doch Gründe! Und warum ist das so stark durchgeschlagen?

Die Gründe sind die altbekannten: Gefahren einer konjunkturellen Überhitzung. Eine nie gekannte Niedrigzinsphase reizte aber weniger solvente Bürger ins Eigenheim. Das höhere Risiko an der Front war den Banken zwar bekannt, sie glaubten aber, es durch neue Verbriefungsinstrumente im Griff zu haben.

Selbst das hätte doch nicht ausgereicht, einen solchen Finanz-Tsunami zu erzeugen. Worauf gründet sich denn die enorme Durchschlagskraft der Zinserhöhung?

Es war etwas, das bislang kaum beachtet wurde. Dazu muss man die Frage stellen: Hätte das in Deutschland geschehen können oder in den USA früherer Tage?

Da gab es ja solche Verbriefungen noch nicht.

Und doch war es nicht die Verbriefung allein, Frau ... Öhä. In den USA früherer Tage waren bei Hypotheken Zinsabsicherungen über den gesamten Finanzierungszyklus üblich. Über 30 Jahre! Das ist sogar deutlich länger als in Deutschland, wo wir meist maximale Zinsfestschreibungen über 15 Jahre haben, aber meist über 10 oder 5.

Na ja, dann ist man in dieser Zeit vor Zinserhöhungen sicher, zahlt dafür aber einen höheren Zins. Sozusagen eine „Prämie für Zinsversicherung“ als Aufschlag.

Ganz richtig, Frau ... üüühhh. Dann aber wollte Herr Greenspan es richtig krachen lassen mit der Konjunktur auf der Basis privater Bau-Investitionen. Er hat empfohlen, dass die Leute auf Zinssicherheit verzichten sollten. Schließlich kostete sie diese Sicherheit gerade in der Niedrigzinsphase einen besonders hohen Zinszuschlag. Denn die Banken erwarteten nicht, dass die Zinsen auf diesem historischen Tiefstand ver-

weilen würden und hielten daher den Zins bei dreißigjähriger Absicherung auf dem früheren Niveau.

Der Schuldner solle sich daher nach dem Rat von Herrn Greenspan in dieser Phase ohne Zinssicherung auf den extrem niedrigen variablen Zinssatz einlassen. Das taten dann auch die meisten und die Höhe ihrer variablen Zinsen wurde unmittelbar abhängig von der Zinspolitik der Fed. Und wenn das über 80 Prozent der zweitrangigen Subprime-Kredite betrifft, geht einem Großteil der Schuldner direkt nach der Zinserhöhung der Arsch auf Grundeis.

Und wie wäre das in Deutschland, Ihre Deftigkeit?

Da haben wir, damit sie leichter mitrechnen können, eine mittlere Zinsfestschreibung von, sagen wir mal, 8 Jahren und 4 Monaten. Das sind genau 100 Monate. Gehen wir der Einfachheit halber von einer Gleichverteilung aus, dann würde eine Zinserhöhung der Bundesbank jeden Monat genau 1 Prozent der Schuldner betreffen, die in diesem Monat neu über ihren Kredit verhandeln. In einer Woche wären das dann etwa ¼ Prozent. Können Sie folgen?

Sie haben es ja einfach gemacht! Aber dann liegt ja eine bislang kaum diskutierte Gefahr in der Vertragsstruktur der Hypothekenkredite.

Ganz genau! ... Nehmen wir nun mal an, es dauere genau eine Woche, bis eine Zinserhöhung der Zentralbank auf die Schuldner durchschlägt.

Dann wäre bei Ihrem Szenario davon nur ¼ Prozent aller Schuldner betroffen. Nach einem Jahr wären es dann erst 12 Prozent. Statt 80 Prozent sofort!

Sie sagen es. In Deutschland tröpfelt die Welle der Zinserhöhung durch die Zinssicherung nur langsam in die Hypothekenschulden hinein und manchmal sind die im nächsten Zyklus bereits wieder gesenkt. In den USA schlug die Zinserhöhung schon innerhalb einer Woche bei 80 Prozent aller Subprime-Schuldner ein. Das ist die 320-fache Wucht im Vergleich zum deutschen Beispiel. Bei einer Welle wären das 64 Meter statt 20 Zentimeter oder 320 Meter statt einem. Ein wahrer Finanz-Tsunami.

Aber das hat doch alles nichts mit Deregulierung zu tun!

Ja eben! Aber trotzdem wird die von der Linken angeführt oder mit ihr die Menschen. Denn sie gehört zum neoliberalen Sündenbock.

Aber machen wir Schluss mit der Krise! Was soll das für die Deregulierung heißen?

Ich hätte da noch einen Buchtipp zur Krisendiskussion: **Elschen/Lieven, Der Werdegang der Krise. Bei Gabler erschienen!** Da könnten Sie einiges vertiefen, was die Krise angeht. ... Doch nun zu ihrer Frage. Manchmal wäre Deregulierung geboten! Beim Fußball geht es da zum Glück nicht zu wie in der Politik.

Und was ist da anders?

Nun, Frau ... äh Dingens, viel häufiger als der DFB greift der Staat direkt ins Spiel ein, erklärt es im Nachhinein für ungültig oder verändert schon während des Spiels das Ergebnis.

Obwohl er die Spielregeln selbst erlassen hat?

Ja, und auch wenn von Spielern und Mannschaften nicht dagegen verstoßen wurde. – Was wäre da wohl in der echten Liga los? – Die Besteuerung greift sogar permanent ein und da die Steuer weder alle noch alles gleichbehandelt, kann sie schon mal Spielergebnisse auf den Kopf stellen. So ordnet der Staat mitten im Spiel eine Umverteilung der Tore an oder erklärte neue Tatbestände zu Fouls oder erlaubt frühere Verbotenes. Das geschieht mit der Hektik des Gesetzgebers viel zu oft und zwingt in- und ausländische Spieler zu häufigen Umstellungen.

So etwas gibt es bei uns? Da würde ich als ausländischer Investor doch einen Bogen machen. Dadurch kann doch der Sieger zum Verlierer werden und umgekehrt?

Da könnte ich ihnen gleich mehr als ein Dutzend Fälle nennen. Aber es gibt noch einen krasserer Fall. Ich hatte ja im Interview gesagt, bei der „Sozialen Marktwirtschaft“ werden die Spielergebnisse zu Lasten der Gewinner und zugunsten der Verlierer verändert. Zwei Dinge sind dabei aber wichtig:

1. Dies geschieht erst am Ende der Saison, wenn der Tabellenstand feststeht.
2. Davon soll der Tabellenstand nicht verändert werden.

Das ist in der Wirtschaft, wie sie den Sozialisten vorschwebt, völlig anders.

Und wie?

Das Ganze läuft, wie einst in der DDR, unter dem Stichwort der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, je linker man ist umso mehr Einheit. Beim Fußball hieße das: Schon während des laufenden Spiels korrigiert man ständig am Ergebnis herum, schwächt den Starken und stärkt den Schwachen, so dass es gar nicht erst zu hohen Niederlagen oder hohen Siegen kommt.

Aber hat dann noch einer Lust auf ein solches Spiel?

Natürlich nicht. Will man also wirtschaftliche Aktivität anregen, dann gibt es fast nichts Schlimmeres. „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ ist ein wahrer Tranquilizer. Das Schlimme ist, man beschimpft Deregulierer dafür, wenn sie solche Dinge abschaffen wollen, die es beim Fußball, wie gesagt, zum Glück gar nicht gibt.

Warum gibt es denn da überhaupt Widerstand?

Die Frage ist, mit Verlaub, ein wenig naiv. Vergessen Sie nicht die „Sozialen Errungenschaften“ der potenziellen Verlierer. Die Trainingsfaulen, die gar keinen Spaß am Spiel haben und denen auch die Lust fehlt, sich für das Spiel einzusetzen, profitieren besonders von der ins das Spiel schon integrierten Umverteilung. Denn auch die nicht wollen, sagen natürlich, dass sie nicht können. Sie können durchhängen wie sie wollen und das langweilige Spiel macht sie wie alle anderen nicht aktiver. Umso mehr wird dann das Ergebnis schon während des Spiels zu ihren Gunsten korrigiert.

Und wie motiviert man dann diejenigen, die sich noch einsetzen?

Man appelliert an ihre „soziale Verantwortung“. Das veranlasst die „Aktivisten“ zwar nicht, ihren Vorteil freiwillig aufzugeben, aber es stärkt sie moralisch, nachdem ihnen ihr Vorteil vom Staat zwangsweise genommen wurde. Das Ganze nennt sich „sozialistischer Wettbewerb“, ein Spiel um politische Anerkennung, Blechorden und die „goldene Ananas“.

Aber das ist doch eine verlogene Staatsmoral!

Da sagen Sie mal was, was passt. Aber ein solcher Staat muss sich ständig selbst versichern, dass alle in voller Überzeugung hinter ihm und seiner Ideologie stehen.

Oh pardon, Herr Neschle! Unsere Zeit ist um und wir haben noch nicht eine Zuhörerfrage beantwortet. Darf ich sie noch einmal einladen?

Dürfen Sie!

Besten Dank!

Wie Liberale für den Linken

kann kaum ein Mensch dem anderen stinken.

Und ist der Liberale Neo,

braucht mancher Linke sogar Deo.

Den freien Willen und den Markt
hätt' denen man sehr gern versagt.

(In die Kiste und weg! Nicht bloß versagt!)

Man selbst verstärkt die Regulierung
durch die „soziale“ Staatsregierung,
verstaatlich zuerst alle Banken
und bringt dann das System ins Wanken.

Mit Bankenmacht, einst kritisiert,
schmückt Staat sich dann ganz ungeniert.

Und gilt für Banken Staatskontrolle,
dann spielt es auch gar keine Rolle
mehr, wer des Staates nächste Beute.

Los! Wen verstaatlichen wir heute?

Die Wirtschaftsprüfer allesamt,
kommen ins staatlich' Aktienamt.

So expandiert, man sagt es nie,
des Deutschen Staatsbürokratie.

Sie ist der Linken Stein der Weisen,
dem Liberalen heißes Eisen,
sobald sie in der Wirtschaft Spiel
manipuliert im Rambo-Stil.

Der Liberale sieht, wie ich es seh,

den Staat als Polit-DFB.

Es setzt die Regeln, kontrolliert,

dass alles regelrecht passiert.

Doch würd' er den Erfolg bestimmen,

wär es ne Sünde von den schlimmen.

Doch lieber als dem Glück und Können

und einem Spiel, wo alle rennen,

vertraut der Linke in der Tat

staatlich gesetztem Resultat.

Und bei solchen Staatsgewalten

will er Demokratie erhalten?!

Das schaffte er bis heute nie:

Aus ist es mit Demokratie!

Wie soll denn dann des Staates Power

gebändigt werden auf die Dauer,

wenn er die ganze Wirtschaft frisst.

Wer das nicht sieht, erzählt nur Mist!